

Sozialismus.de

Heft 6-2020 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Hilde Wagner: Der Kampf um
eigenbestimmte Zeit**

**Steffen Lehndorff:
Arbeitszeitpolitik in Europa**

**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

**Michael Wendl, Erhard Crome,
Lutz Brangsch, Mario Keßler,
Klaus Bullan, Heinz Bierbaum,
Joachim Bischoff, Bernhard
Müller, Christoph Lieber**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zwischen Luxussanierung und Obdachlosigkeit

Die Frankfurter Immobilienmakler sind zufrieden. Corona wird – wenn überhaupt – nur eine kleine Delle in Miet- und Kaufpreisen von Wohnungen verursachen. Verfügbarer und vor allem bezahlbarer Wohnraum wird im Rhein-Main-Gebiet und insbesondere in Frankfurt a.M. weiterhin Mangelware bleiben.

Frauenarbeit: systemrelevant und unterbewertet

Die Bedeutung der Arbeit von Frauen ist systemrelevant, ihre Arbeit wird jedoch in jeder Beziehung unterbewertet. Das ist zwar seit Jahrzehnten bekannt, wird aber immer noch viel zu wenig skandalisiert.

Völkische Gärung in der AfD

Der Brandenburger Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz ist nicht mehr Mitglied der AfD. Eine Mehrheit des Bundesvorstandes stimmte in einer Kampfabstimmung dafür, seine Mitgliedschaft für nichtig zu erklären. Hintergrund sind frühere Kontakte im rechtsextremen Milieu.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 6 | Juni 2020 | 47. Jahrgang | Heft Nr. 452

Whatever it takes ...

Michael Wendl: Machtkampf –
Bundesverfassungsgericht gegen Europäische Zentralbank 2

Internationales hinter dem Rücken des Virus

Erhard Crome: Außenpolitik in Zeiten von Corona 6

Joachim Bischoff: Der US-amerikanische Albtraum 12

Lutz Brangsch: Eingefroren.

Russlands Widersprüche verschärfen sich durch die Coronakrise 18

Klaus Bullan: Südafrika trauert um Denis Goldberg (1933-2020) 23

Hyperkapitalismus oder partizipativer Sozialismus?

Joachim Bischoff: Verteilungskonflikte im 21. Jahrhundert

Zum neuen Buch von Thomas Piketty 27

Bernhard Müller: Ungleichheit in Deutschland 33

Bernhard Sander: Frisst die Seuche die Stadt? Zur Lage der kommunalen

Haushalte am Beispiel von Nordrhein-Westfalen 39

Die Linke in nicht normalen Zeiten

Christoph Lieber: Krise und »Normalität«

Was kann uns die Kritik der politischen Ökonomie zur Corona-Krise sagen? 45

Heinz Bierbaum: Corona und die europäische Linke 52

Forum Gewerkschaften

Hilde Wagner: Der Kampf um eigenbestimmte Zeit. Neue Arbeitszeitvereinbarungen in der Metall- und Elektroindustrie und ihre Weiterentwicklung 56

Kalle Kunkel: Altes Terrain mit neuen Fragen
Gewerkschaftliche Arbeitszeit- und Leistungs politik 62

Steffen Lehndorff: Von anderen Ländern lernen?
Arbeitszeitpolitik in Europa 66

Eine andere Geschichte

Mario Keßler:

Ein »Kompass« der israelischen Linken 69

Impressum | Tipps | Film

Impressum 55

Webinare 72

Tim Solcher: Planet of the Humans (Filmkritik) 73

Supplement

Hans Günter Bell/Astrid Kraus/Elisabeth Lange/Hans Lawitzke/
Steffen Lehndorff/Alexander Recht/Paul Schäfer

Thesen zur sozialökologischen Transformation

und wie sie organisiert werden sollte

Verteilungskonflikte im 21. Jahrhundert

Zum neuen Buch von Thomas Piketty

von ■ Joachim Bischoff

Als Folge der Corona-Pandemie sind alle kapitalistischen Länder in die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der Endzwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts hineingerutscht. Erneut wird die Kluft zwischen Arm und Reich in den Gesellschaften verschärft. Schon die Große Finanz- und Wirtschaftskrise des globalen Kapitalismus 2008ff. trieb einen Keil zwischen die sozialen Schichten. Die sozialen Unterschiede zwischen den Bürger*innen waren allerdings bereits seit Jahrzehnten einer immer stärkeren Belastung ausgesetzt.

Die Reformen nach dem Abklingen der Krise von 2008/2009 in den Bereichen Regulierung des Finanzsektors, erneuerbare Energie, Bildungs- und Gesundheitswesen haben die Verteilungsverhältnisse nicht einschneidend verändert. Der Druck zur Refinanzierung der in der Krise aufgehäuften Staatsschulden führte zu einer neoliberalen Konsolidierung, deren Auswir-

kungen sich im Abbau sozialstaatlicher Umverteilungen und einer stärkeren sozialen Polarisierung niederschlugen.

Durch die lange wirtschaftliche Aufschwungsphase im vergangenen Jahrzehnt wurden Unternehmen und Investoren reich, während die Mittelschichten und die sozial Benachteiligten gerade so über die Runde kamen. Nachhaltige Auswirkungen der Konjunktur waren eine zunehmende Polarisierung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie ein Vertrauensverlust in die Parteien- und Regierungssysteme. Nicht zuletzt der Aufstieg des rechten Populismus veränderte die politische Willensbildung und die Wahlen.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de. Zu Pikettys Vorgängerband erschien von ihm und Bernhard Müller 2015 bei VSA: »Piketty kurz & kritisch. eine flugschrift zum kapitalismus im 21. jahrhundert.«



Karikatur: dpa

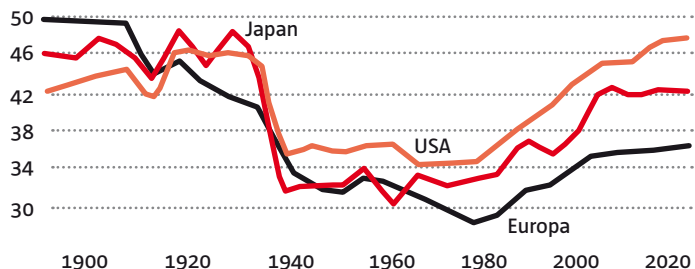
Thomas Piketty hat diesen Prozess in seinen Veröffentlichungen in den Mittelpunkt gerückt und die Kontinuität der Entwicklungen zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts betont (siehe hierzu auch Abb. 1). »Die konservative Revolution der 1980er Jahre, der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und das Aufkommen einer neuen Ideologie neoproprietarischen Typs haben der Welt in diesem beginnenden 21. Jahrhundert beeindruckende Niveaus einer Einkommens- und Vermögenskonzentration beschert, die offenbar außer Kontrolle geraten ist. Diese Ungleichheiten führen allenthalben zu wachsenden sozialen Spannungen. Mangels einer konstruktiven, universalistisch angelegten politischen Perspektive, die Aussicht auf größere Gleichheit für möglichst viele eröffnet, leisten diese Enttäuschungen jener Zunahme identitär und nationalistisch verschärfter Spaltungen Vorschub, die wir derzeit praktisch auf der ganzen Welt beobachten können.« (Piketty 2020b: 113)¹

In den 1950er Jahren war die Einkommens- und Vermögensverteilung so ausgeglichen wie noch nie in der modernen Geschichte. Hier schlugen sich die Zerstörungen der Weltkriege und die kriegswirtschaftlichen Eingriffe in die gesellschaftliche Reproduktion nieder. Andererseits wirkt sich die nivellierende Politik der großen Kompression der Verhältnisse aus. Starke progressive Einkommens- und Erbschaftssteuern sorgten dafür, dass Reiche mehr zum Gemeinwohl beitragen und sich Reichtum nicht zu stark konzentriert. Das blieb über 30 Jahre lang stabil. Die »sozialdemokratische« Nachkriegszeit war eine Goldene Ära des regulierten Kapitalismus. Bis in die 1980er Jahre lag der höchste Einkommenssteuersatz in den USA bei 81%, in Großbritannien sogar bei 89%. Seit den 1980er Jahren sind die Höchststeuersätze bei der Einkommensteuer kontinuierlich gefallen.

Gegen Ende der 1980er Jahre löste die Neo-Eigentümergeinschaft die Goldene Ära der sozialdemokratischen Gesellschaft ab, so Piketty. Steuern für Reiche und Konzerne wurden gesenkt – die arbeitende Bevölkerung trug wieder den Groß-

Abbildung 1: Ungleichheit steigt weltweit

Anteil des obersten 10% am Gesamteinkommen



Quelle: Piketty (2019)

teil der Steuerlast. Neoliberale und Konservative schafften Erbschaftssteuern ab, Vermögen konzentrierten sich immer mehr bei wenigen Familien und die Ungleichheit nahm wieder zu. Staatliche Ausgaben – wie etwa in Bildung – haben die Regierungen so verändert, dass vor allem die gesellschaftlichen Eliten davon profitieren – und nicht die breite Masse.

Für Piketty gibt es mehrere Gründe, wieso es zu einem Ende der sozialdemokratischen Epoche kam und politische Entscheidungen die Ungleichheit wieder verschärften: etwa das Ende der Sowjetunion und die Verwandlung der ehemaligen Ostblockstaaten in ein Labor für Hyper-Kapitalismus. Zusätzlich führte die Deregulierung des internationalen Finanzsystems dazu, dass viele Reiche ihr Vermögen in Steueroasen parkten. Keine Kontrolle des Kapitalverkehrs hielt sie mehr davon ab, ihr Geld vor der Steuer auf Panama oder den Cayman Islands zu verstecken. Dadurch zahlten Reiche sogar noch weniger Steuern als sie nach den reduzierten Steuersätzen hätten zahlen müssen.

Leidtragender dieser Verschärfung der Verhältnisse ist der Sozialstaat. Die Klein- und Mittelverdiener*innen tragen eine höhere Steuer- und Sozialabgabenlast und sind zudem von den Kürzungen der Sozialausgaben betroffen. Piketty konzentriert seine Analyse schließlich auf die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse, vor allem auf die Veränderung im Wahlverhalten, wo er zwei massive Veränderungen feststellt:

Erstens sinkt die Wahlbeteiligung – aber nicht gleichmäßig in allen sozialen Klassen. Während Wohlhabende weiter aktiv am politischen Leben teilhaben, wenden sich Wähler*innen aus den unteren Klassen tendenziell ab.

Zweitens hat sich die soziale Herkunft der Wählerschaft von rechten und linken Parteien gedreht. Früher haben Reiche vor allem für rechte Parteien gestimmt, während Wähler*innen aus ärmeren Verhältnissen meist linken Parteien die Stimme gaben. Heute ist es oft umgekehrt: Während die Arbeiterklasse vor allem rechts wählt, besteht die linke Wählerschaft größtenteils aus der gebildeten Mittelschicht.

Ausbau der Analyse

In seiner neuen Untersuchung »Kapital und Ideologie«² werden Pikettys politisch-strategischen Ansatzpunkte deutlicher als in »Das Kapital im 21. Jahrhundert« herausgearbeitet.³ Das neue Buch sei viel interessanter und besser als das erste, sagt Piketty über »Kapital und Ideologie«. Sein Zugang sei geografisch und zivilisatorisch breiter. Er beschränke sich nicht auf Westeuropa

ISW **analysen. fakten. argumente.**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Inhalt: I. 2009 – war da was? / II. 2010 bis 2020: Statt Zähmung der Finanzmärkte: Finanzialisierung von Wirtschaft und Gesellschaft / III. März 2020: Crash im Finanzsystem. Die größte Rezession seit einem Jahrhundert / IV. Die "Rettungspakete" gegen die Krise – Das letzte Aufgebot des Finanzkapitalismus / V. Und jetzt – wohin? 5 Lehren. (Autor: Conrad Schuhler)

isw-report 121
Mai 2020 / 36 S. / 3,50 Euro + Vers.

außerdem neu bei isw:
Bilanz 2019 – Ausblick 2020
Fakten + Argumente zur wirtschaftl. Situation
isw-wirtschaftsinfo 57
April 2020 / 66 S. / 5,00 EUR + Vers.

Bestellungen an: isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren Publikationen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite

www.isw-muenchen.de

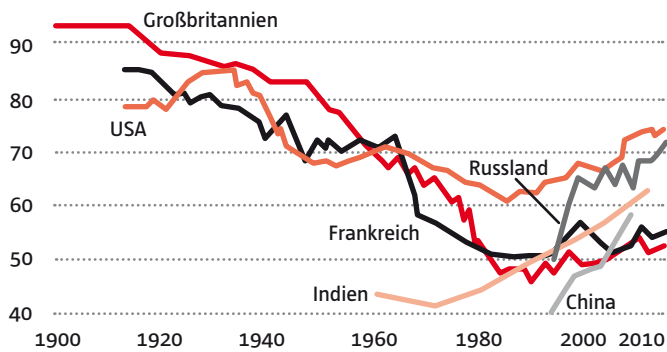
Conrad Schuhler

FINANZCRASH. REZSSION. PANDEMIE.
Der Finanzkapitalismus befeuert die Dreifach-Krise

Schuhler, Conrad
Schuhler, Conrad
Schuhler, Conrad
Schuhler, Conrad

ISW REPORT NR. 121
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Abbildung 2: Oberste Dezil und das Vermögen
Anteil des obersten Dezils am gesamten Privatvermögen



Quelle: piketty.pse.ens.fr/ideologie

und Nordamerika, sondern berücksichtige Länder wie Brasilien, Indien, Südafrika, Russland und China sowie Kolonialgeschichte und Sklaverei: »Die Perspektive ist viel globaler.«

In der Tat: Piketty hat in seinem neuen Buch den »Versuch unternommen, eine zugleich wirtschaftliche, soziale, intellektuelle und politische Geschichte der Ungleichheitsregime zu schreiben, das heißt eine Geschichte der Systeme, die soziale Ungleichheit rechtfertigen und organisieren, von den trifunktionalen und Sklavenhaltergesellschaften bis zu den postkolonialen und hyperkapitalistischen modernen Gesellschaften« (Piketty 2020: 1273).

Piketty macht einen Streifzug durch die Gesellschaftsgeschichte – von Feudalgesellschaften über Kolonialsysteme bis hin zu hyperkapitalistischen Ordnungen. In diesem Buch wird die *longue durée* (lange Dauer) der Ungleichheit – weltweit und zu allen Epochen der jüngeren Vergangenheit – ausgebreitet. Er untersucht die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung, die ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Gesundheit, die ungleichen Partizipationschancen in Politik und Gesellschaft.

Warum diese ausführliche Revue auf die verschiedensten Ungleichheitsregime in allen Entwicklungsstadien? Pikettys Leitfaden: »Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Sie muss gute Gründe für sie finden, da andernfalls das gesamte politische und soziale Gebäude einzustürzen droht. So bringt jedes Zeitalter eine Reihe kontroverser Diskurse und Ideologien hervor, um Ungleichheit in der Gestalt, in der es sie gibt oder geben sollte, zu legitimieren und wirtschaftliche, soziale und politische Regeln aufzustellen, die geeignet sind, das gesellschaftliche Ganze zu organisieren. Dieser zugleich intellektuellen, institutionellen und politischen Auseinandersetzung entspringen im Allgemeinen eine oder mehrere herrschende Erzählungen, auf die sich die bestehenden Ungleichheitsregime stützen.« (Piketty 2020a: 47)⁴

Selbstverständlich fördert der immense Aufwand dieses historisch-politischen Reviews wissenschaftliche Einsichten über diese verschiedenen Ungleichheitsregime zutage. Aber Piketty ist vor allem an den gesellschaftlichen Erzählungen oder Diskursen interessiert, die die jeweiligen Regime legitimieren. Die ökonomische, soziale und politische Geschichte inegalitärer Systeme von den Feudal- und Sklavenhaltergesellschaften bis zu

den postkolonialen und »hyperkapitalistischen« Gesellschaften der Gegenwart zielt darauf, die legitimierenden Erzählungen des gegenwärtigen Kapitalismus zu erfassen.

Für den aktuellen Hyperkapitalismus hebt Piketty folgende Merkmale hervor:

- »Die großen Entwicklungslinien sind ziemlich eindeutig. In allen westlichen Ländern hat die Eigentumskonzentration nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre stark abgenommen, und seit den 1980er Jahren ist sie wieder deutlich angestiegen. In den Vereinigten Staaten und Indien war der Wiederanstieg bei der Vermögensungleichheit stärker als in Frankreich oder Großbritannien, ebenso bei der Einkommensungleichheit.« (Piketty 2020: 841)
- Blicken wir exemplarisch auf das oberste Dezil in der Vermögensentwicklung, so zeigt sich nach einem deutlichen Rückgang der Konzentration zu Beginn des 20. Jahrhunderts, dass sich in den letzten Jahrzehnten ein umgekehrter Trend durchsetzt: Die Vermögensverteilung wird erneut ungleicher (siehe Abb. 2).
- Weltweit ist die ungleiche Verteilung des Kapitalvermögens die Hauptursache der Ungleichheit. Seit 1980 sind in reichen Industrieländern genauso wie in Schwellenländern riesige Mengen an staatlichem Vermögen in private Hände transferiert worden. Während sich die privaten Vermögen nach Abzug von Schulden in den Industriestaaten auf 400 bis 700% des Nationaleinkommens verdoppelt hätten, habe der Staat netto kaum noch Vermögen. »In den vergangenen Jahrzehnten sind die Länder reicher geworden, aber die Regierungen sind verarmt. Dadurch haben die Regierungen weniger Spielraum zur Regulierung der Wirtschaft, zur Umverteilung von Einkommen und zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit.«⁵

Piketty nimmt diesen Trend im 20. Jahrhundert ernst. Wenn nicht politisch gegengesteuert wird, werden wir mit noch mehr Ungleichheit konfrontiert, und das in ungeahntem Ausmaß. Setzt sich der Trend der vergangenen Jahrzehnte fort, werde der Anteil der weltweit reichsten 0,1% am Weltvermögen im Jahr 2050 genauso hoch sein wie das Kuchenstück der globalen Mittelschicht. Politik kann etwas ausrichten – so wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Reformperspektive zur Veränderung des globalen Hyperkapitalismus wird von Piketty stark betont. Auch die Corona-Krise belegt, dass der Staat Eingriffe in den Reproduktionsprozess vollzieht, die wir vorher für nicht möglich gehalten haben.

Man sieht: Für massive Veränderungen benötigt man keine Kriege. »Schauen Sie sich Schweden an: Dort blieb man weitest-

¹ Thomas Piketty, Eigentum auf Zeit, Elemente eines partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert, Teil II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 5/20, zitiert im Folgenden als Piketty 2020b.

² Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, München 2020, zitiert im Folgenden als Piketty 2020.

³ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014. Siehe dazu auch Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Piketty kurz und kritisch, Hamburg 2015.

⁴ Thomas Piketty, Die Ideologie der Ungleichheit. Elemente eines partizipativen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Teil I, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 4/20, zitiert im Folgenden als Piketty 2020a.

⁵ Facundo Alvaredo/Lucas Chancel/Thomas Piketty/Emmanuel Saez/Gabriel Zucman, Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report 2018, München 2018, S. 20.

gehend von den Weltkriegern verschont und hat trotzdem eine enorme Umverteilung geschafft. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Schweden von enormer sozialer Ungleichheit geprägt. Selbst bei Wahlen hatten die Reichen einen Vorteil, denn die Anzahl der Stimmen wurde nach Einkommen gemessen. So hatten die Reichen ein Vielfaches der Stimmen der einfachen Bürger. Heute ist Schweden weltweit Vorbild für soziale Gerechtigkeit. Geschafft hat Schweden das ganz ohne Krieg und Verwüstung. Kriege oder ähnliches ist also keine Notwendigkeit für Umverteilung.«⁶ Auch die Klimakrise und die Finanzkrisen änderten unsere Wahrnehmungen von Ungleichheit und verstärkten den Drang, unser Wirtschaftssystem zu verändern. Es ist nicht die richtige Strategie, auf eine Krise zu warten, um ein System zu ändern. Denn Krisen allein sind nicht ausreichend.

Für die Zukunft der Welt sei auch entscheidend, welches Modell die Länder einschlagen: das extreme etwa der USA – oder die moderate Variante Europas. Piketty plädiert für eine höhere Besteuerung der Einkommen und Erbschaften von Gutverdienern und Reichen, die zuletzt oft entlastet wurden – und es unter der neuen US-Regierung gerade wieder werden. Dazu soll ein globales Finanzregister, in dem die Eigentümer von Vermögenswerten erfasst sind, Steuerflucht und Geldwäsche eindämmen. Außerdem fordert der Forscher einen gleichen Zugang zu Bildung für alle Schichten, mehr betriebliche Mitbestimmung, angemessene Mindestlöhne – und öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Die Botschaft: Politik kann etwas ausrichten – so wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Wer mag, findet auch in der Weimarer Republik eine – leider nur kurzfristige – Analogie. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel die Ungleichheit drastisch, als die Gewerkschaften großen Zulauf erlebten und SPD-Kanzler die Arbeitslosenversicherung einführten und den Spitzensteuersatz von 5% auf 60% erhöhten.

Zur Ausprägung des Ungleichheitsregimes kommen noch die Effekte der Unheilsgeschichte des 20. Jahrhunderts: »Dass der Postkommunismus (in der russischen wie chinesischen und in einem gewissen Maße auch der osteuropäischen Version, ungeachtet all dessen, was diese drei Entwicklungslinien trennt) am Beginn des 21. Jahrhunderts zum treuesten Verbündeten des Hyper-Kapitalismus werden konnte, ist eine unmittelbare Folge des kommunistischen Desasters in seiner stalinistischen wie maoistischen Spielart und des Schwindens aller egalitaristischen und internationalistischen Ambitionen, das sich aus ihm ergab. Dass es diesem Desaster sogar gelungen ist, das Unheil, das von sklavenhalterischen, kolonialistischen und rassistischen Ideologien angerichtet wurde, ebenso in den Hintergrund treten zu lassen wie deren tiefe Übereinstimmungen mit der proprietaristischen und hyper-kapitalistischen Ideologie, ist wahrlich keine geringe Leistung.« (Piketty 2020a: 52)

Ausgerechnet unsere Epoche, die oft als das Zeitalter von Informationstechnologie und Big Data bezeichnet wird, verfährt gleichgültig mit staatlichen Statistiken zu Ungleichheiten. »Die Statistikbehörden, Finanzverwaltungen und vor allem die politisch Verantwortlichen haben noch immer keine Vorstellung von der internationalen Verteilung der Finanzportfolios und haben sich auch nicht die Mittel verschafft, um die Entwicklung des Finanzvermögens und deren Verteilung

wirksam zu erfassen. Um es noch einmal zu betonen: Es mangelt ganz und gar nicht an den technischen Möglichkeiten, sondern es ist eine politische und ideologische Entscheidung.« (Piketty 2020: 840)

Es »gähnt allenthalben ein Abgrund zwischen den offiziellen meritokratischen Verlautbarungen und den Realitäten, mit denen sich die beim Bildungs- und Reichtumserwerb benachteiligten Klassen konfrontiert sehen. Allzu oft dient der meritokratische, das Unternehmertum preisende Diskurs den Gewinnern des heutigen Wirtschaftssystems offenbar dazu, auf bequeme Weise jedes erdenkliche Ungleichheitsniveau zu rechtfertigen, ohne es überhaupt in Augenschein nehmen zu müssen, und die Verlierer ob ihres Mangels an Verdienst, Fleiß und sonstigen Tugenden zu brandmarken.« (Piketty 2020a: 48) Diese ultra-inegalitäre Erzählung verhindert Reformen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, sodass der fremdenfeindliche »Populismus« und seine möglichen Wahlerfolge die hyper-kapitalistische und digitale Globalisierung der Jahre 1990 bis 2020 in einen Zerfallsprozess hineintreiben könnten.

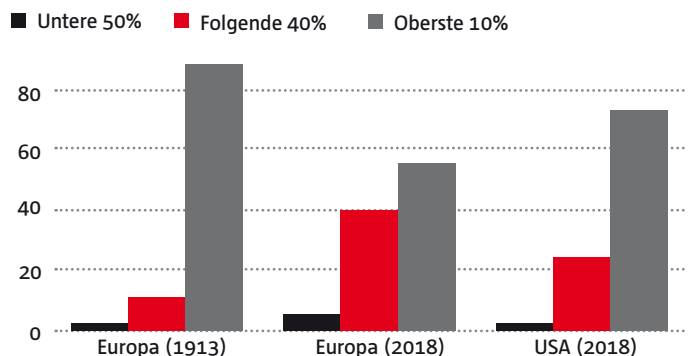
Transformation in den Hyperkapitalismus

Die Trendwende im Abbau der Ungleichheit im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts geht auf die zentrale proprietaristische und meritokratische Erzählung zurück, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus eine radikale Reformulierung globalen Zuschnitts erfahren hat. Im Hyperkapitalismus übernimmt vor allem das proprietaristische und meritokratische Narrativ die Sakralisierung des Eigentums oder die Überhöhung des Unternehmerteistes. Die Legitimierung der Ungleichheit ergibt sich aus der Tauschlogik, in der jeder die gleichen Chancen des Marktzugangs und Eigentumserwerbs hat und zudem an dem Resultat des durch den gleichen Tausch steigenden Wohlstands partizipiert.

»Fassen wir zusammen. Die Rückkehr einer sehr starken Eigentumskonzentration und dazu die hohe Intransparenz in Finanzangelegenheiten sind wesentliche Merkmale der neoproprietaristischen inegalitären Weltordnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die abnehmende Konzentration im 20. Jahrhundert hat zwar eine Mittelschicht von Vermögensbesitzern entstehen lassen, aber Eigentum war immer ungleich verteilt, und

Abbildung 3: Hyperkonzentration des Eigentums

Anteil am gesamten Privatvermögen in %



Quelle: piketty.pse.ens.fr/ideologie



In Sao Paolo, 27.9.2017 (Greg Salibian, CC BY-SA 2.0)

die ärmere Hälfte der Bevölkerung besaß immer nur einen unbedeutenden Anteil.« (Piketty 2020: 860; siehe hierzu Abb. 3)

Der Anteil, der in den Händen der reichsten 10% liegt, ist immer größer geworden, besonders in den Vereinigten Staaten, und das bedeutet, dass der Anteil der übrigen Bevölkerung in beunruhigender Weise abbröckelt. »Dass es keine breite Streuung von Eigentum gibt, ist ein zentrales Problem des 21. Jahrhunderts und könnte dazu beitragen, das Vertrauen der unteren und mittleren Schichten in das Wirtschaftssystem auszuhöhlen – in den reichen Ländern genauso wie in den armen und den Schwellenländern.« (Ebd.: 861)

Partizipativer Sozialismus

In »Kapital und Ideologie« plädiert Piketty für einen Weg, wie die moderne Rechte besiegt und die grassierende soziale Ungleichheit reduziert werden können. Er nennt diesen neuen Weg »partizipativen Sozialismus« und macht für dieses Gesellschaftsprojekt drei Säulen aus:

- betriebliche Mitbestimmung,
- Verstaatlichung,
- Steuerprogression.

Bei der betrieblichen Mitbestimmung möchte er das Modell der Sozialpartnerschaft weiter ausbauen. Die Arbeiter*innen sollen mehr Mitsprache bei der Führung ihrer Unternehmen bekommen. Ein privater Sektor mit starker betrieblicher Mitbestimmung soll neben einem starken öffentlichen Sektor stehen. Bildung, Gesundheit und Infrastruktur müssen öffentlich organisiert werden.

Pikettys radikalste Forderung aber betrifft das Steuersystem: Er spricht sich für einen Höchstsatz bei der Einkommensteuer von 90% aus. Die Steuer auf Vermögen soll höher sein als der durchschnittliche Vermögenszuwachs. Damit sinkt die Vermögensungleichheit, anstatt zu wachsen.

Mit den Steuererträgen aus Vermögensteuern soll allen Bürger*innen ein bedingungsloses Grundkapital finanziert werden. Vermögen wäre dann keine Frage des Erbens mehr, es wäre fair in der Gesellschaft verteilt – als Startkapital für jeden und jede. Das Grundkapital sollte bei 60% des Durchschnittsvermögens liegen und wird jeder/m am 25. Geburtstag ausbezahlt, so der Vorschlag von Piketty. Die aktuelle Debatte um die

wirtschaftliche Bewältigung der Coronakrise gibt diesem Befund eine ungeahnte Aktualität. Mit der Verweigerung von Corona-Bonds für die hart getroffenen Länder im Süden durch die wirtschaftlich erfolgreichen Nordeuropäer droht eine Wiederholung der damaligen Fehler. Das Coronavirus dürfte die Ungleichheit ohnehin weiter verschärfen, wie die explodierenden Arbeitslosenzahlen in den USA zeigen.

Thomas Piketty markiert mit »Kapital und Ideologie« in der Coronakrise und der Strategie eines partizipativen Sozialismus die zentralen Punkte der gesellschaftlichen Umsteuerung. Sein Buch will zeigen, dass es einen langfristigen Lernprozess über Gerechtigkeit in den menschlichen Gesellschaften und eine Abnahme der Ungleichheit geben kann. Rückkehr zur Normalität und Business as usual seien keine Option, weder im Umgang mit der Klimakrise noch mit der Ungleichheit. »Wir müssen einen Weg finden, um das wirtschaftliche System besser zu organisieren. Mein Buch unternimmt diesen Versuch. Man kann ihn als Sozialdemokratie für das 21. Jahrhundert bezeichnen.«⁷

Dieser Weg zu einer Überwindung des Hyperkapitalismus und der Etablierung eines partizipativen Sozialismus setzt also eine kritische Reflexion des Scheiterns der bisherigen Transformationsversuche voraus. Heute, 30 Jahre nach dem Scheitern des Kommunismus, so Piketty, »kommt uns allmählich zu Bewusstsein, dass wir womöglich zu weit in die andere Richtung gegangen sind. Deshalb fangen wir inzwischen wieder an, darüber nachzudenken, wie man das Wirtschaftssystem verändern könnte. Zudem rücken die neuen Herausforderungen durch den Klimawandel und die ökologische Krise, die Frage, wie wir das Wirtschaftssystem umbauen müssen, verstärkt in den Blickpunkt. Da ist ein komplexer Prozess im Gange, in dem die Gesellschaften versuchen, aus ihren Erfahrungen zu lernen.«⁸

Auch die marktsozialistische Ausrichtung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien liefert eine negative Erfahrung, die jetzt kritisch aufgearbeitet werden kann: »Nach dem Sturz des Kommunismus ging die Linke durch eine lange Phase der Ernüchterung und Entmutigung, wenn es darum ging, Perspektiven für eine andere Wirtschaftsordnung anzubieten. Die Sozialisten in Frankreich oder die SPD in Deutschland haben nicht ernsthaft genug versucht, die Spielregeln in Europa zu verändern. Irgendwann schlossen sie sich der Idee an, es brauche nichts weiter als freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr und Marktkonkurrenz zwischen den Ländern, und schon gebe es Wohlstand für alle. Wir erleben aber, dass davon hauptsächlich die human- und finanzkapitalstarken Gruppen und hochmobilen Wirtschaftsakteure profitieren. Die Unter- und Mittelschicht fühlt sich abgehängt.«⁹

Vor dem Hintergrund dieser gescheiterten Transformationsversuche sieht Piketty Möglichkeiten, dass die aktuelle Corona-Pandemie Möglichkeiten bieten könnte, um gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaften aufzubauen. »Die richtige Antwort auf diese Krise wäre, den Sozialstaat im globalen Nor-

⁶ Thomas Piketty im Interview mit Thomas Hackl, in: Kontrast 20.3.2020.

⁷ Zitiert in: Peter Blunski, »Wenn man Bill Gates zu 90 Prozent besteuert, hat er immer noch 10 Milliarden«, in: Watson vom 13.4.2020.

⁸ Thomas Piketty Erbschaft für alle, Interview mit Nikolaos Gavalakis, in: IPG-Journal 20.3.2020.

⁹ Ebd.

den wiederzubeleben und seine Entwicklung im globalen Süden zu beschleunigen. Dieser neue Sozialstaat würde ein faires Steuersystem fordern und ein internationales Finanzregister schaffen, das es ihm ermöglichen würde, die größten und reichsten Unternehmen in dieses System einzubeziehen. Das derzeitige Regime des freien Kapitalverkehrs, das in den 1980er und 90er Jahren unter dem Einfluss der reichsten Länder – insbesondere in Europa – eingeführt wurde, fördert die Umgehung durch Millionäre und multinationale Unternehmen. Es hindert arme Länder daran, ein faires Steuersystem zu entwickeln, was wiederum ihre Fähigkeit zum Aufbau eines Sozialstaates untergräbt.«¹⁰

In seinem neuen Buch argumentiere er, »dass die beiden Weltkriege größtenteils das Ergebnis der extremen Ungleichheit waren, die in europäischen Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg bestand – sowohl innerhalb dieser Gesellschaften als auch international, aufgrund ihrer Anhäufung kolonialer Vermögenswerte. Diese Ungleichheit war nicht nachhaltig und führte zum Ausbruch dieser Gesellschaften, aber auf unterschiedliche Weise – im Ersten Weltkrieg, in den russischen Revolutionen und in der Pandemie von 1918. Die Pandemie hat die ärmeren Bereiche der Gesellschaft mit ihrem schlechten Zugang zur Gesundheitsversorgung heimgesucht und wurde durch den Krieg verschärft. Das Ergebnis dieser kumulativen Schocks war eine Komprimierung der Ungleichheit im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts.«¹¹

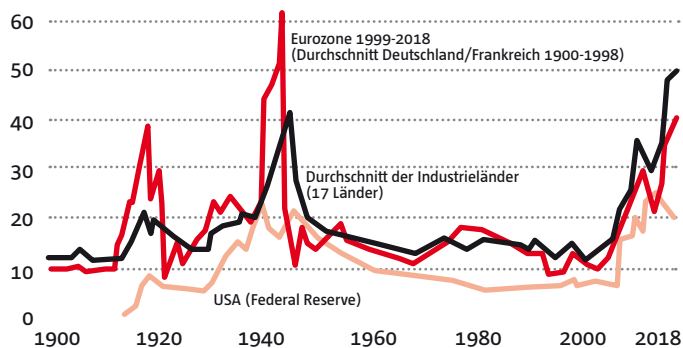
Es gibt gewiss keinen Automatismus, aber die Aufarbeitung der gescheiterten Transformation und die gegenwärtige globale Epidemie können die Chance für eine Überwindung des Hyperkapitalismus eröffnen, »es könnte ein Anreiz zur Veränderung sein«. Vor allem wird das Erbe der Pandemie ein erneuter Anstieg der Staatsverschuldung sein. »Wenn Sie wie unsere europäischen Nationen und die USA eine sehr hohe Staatsverschuldung erreichen, müssen Sie unorthodoxe Lösungen finden, da die Rückzahlung einfach zu lähmend und langsam ist.«¹²

Piketty verweist darauf, dass nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal ein kreativer Umgang mit dem Schuldenberg eingeschlagen wurde. »Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Deutschland und Japan eine andere und ... bessere Lösung gefunden. Sie besteuerten vorübergehend die Reichen. Es funktionierte sehr gut und ermöglichte es ihnen, ab Mitte der 1950er Jahre ohne Staatsverschuldung mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Notwendigkeit macht Sie erfinderisch. Es könnte beispielsweise sein, dass die Europäische Zentralbank zur Rettung der Eurozone die Verantwortung für einen größeren Teil der Schulden der Mitgliedstaaten übernehmen muss.«¹³

Der Sache nach nimmt Piketty mit den Zentralnotenbanken eine weitere, vierte Säule für die Konzeption des partizipativen Sozialismus ins Visier. Zwar sind die Zentralbanken und ihre Verwaltungsräte genauso wenig dafür ausgestattet, den gesamten Besitz eines Landes zu verwalten und die gesamtgesellschaftliche Wertschöpfung zu organisieren wie es die zentralisierten Behörden für Planwirtschaften der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Gesellschaften konnten. »Aber in gewisser Weise haben die Zentralbanken sich an die grassierende globale Finanzialisierung angepasst und das Wachstum ihrer Bilanzsummen hat ihnen einfach einen gewissen Handlungsspielraum gesichert, um auf die Preise von finanziellen Ak-

Abbildung 4: Umfang der Zentralbankbilanzen

Summe der Aktiva der Zentralbank in % des BIP



Quelle: piketty.pse.ens.fr/ideologie

tiva Einfluss zu nehmen, die alle Bereiche durchdrungen haben. Wenn die Umstände es erfordern, könnten EZB und Fed noch sehr viel weiter gehen.« (Piketty 2020: 872).

Es bestehe ein breiter Konsens, dass die massive Intervention der Zentralbanken verhindert hat, dass aus der »großen Rezession« 2008 / 2009 – mit einem durchschnittlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung in den Vereinigten Staaten und in Europa von ungefähr 5% die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit in den reichen Ländern – eine »große Depression« ähnlich der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurde mit wirtschaftlichen Einbrüchen von 20-30% in den größten Volkswirtschaften zwischen 1929 und 1932. Weil die Fed und die EZB dafür sorgten, dass es nicht reihenweise zu Bankenzusammenbrüchen kam, und weil sie ihre Rolle als »Kreditgeber der letzten Instanz« wahrnahmen, vermieden sie die Fehler der Zentralbanken in der Zwischenkriegszeit, die mit ihrer orthodoxen und »liquidatorischen« Haltung (schlechte Banken sollen Bankrott gehen, und die Wirtschaft wird neu durchstarten) dazu beigetragen hatten, dass die Welt in den Abgrund stürzte (siehe Abb. 4).

Diese Rolle haben die Zentralbanken erneut und in intensiver Weise auch in der Corona-Pandemie wahrgenommen. Insofern sind sie eine unverzichtbare Ergänzung der vorgeschlagenen Säulen eines partizipativen Sozialismus. In derart dramatischen Krisen werden wir daran erinnert, dass das Herzstück der gewinnorientierten, privaten Finanzwirtschaft aus einer öffentlichen Institution besteht: der Zentralbank. Solange die Finanzmärkte normal funktionieren, bleibt sie im Hintergrund. Drohen die Märkte aber zusammenzubrechen, hat sie die Möglichkeit, als »Lender of Last Resort« aufzutreten. Diese Qualität macht sie zu einem wesentlichen Faktor der Transformation. Sie kann Darlehen vergeben oder Vermögenswerte von Banken, Fonds oder anderen Unternehmen kaufen, die dringend Bargeld benötigen. Da sie der Grundanker der Währung ist, ist ihr Budget unbegrenzt. Das heißt, sie kann eine große Steuerungswirkung entfalten. Das haben wir bereits 2008 gesehen, 2020 hat es aber so deutlich gemacht wie nie zuvor.

¹⁰ Will coronavirus lead to fairer societies? Thomas Piketty explores the prospect, Interview mit Laura Spinney in: The Guardian vom 12.5.2020

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

